

Corona-Anpassung

Volle Kraft voraus: Kommission plant für 2021

Die EU-Kommission will Europas Gesundheit wiederherstellen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie eindämmen.

Im neuen, ambitionierten Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2021 ist viel aus der Vor-Corona-Zeit enthalten. Die sechs politischen Prioritäten – Green Deal; Digitalisierung; Wirtschaft für Menschen; stärkeres Europa; fördern, was Europa ausmacht; Demokratie in Europa – gelten nach wie vor.

Übergeordnetes Motto:

„Eine vitale Union in einer fragilen Welt“

Es ist aus Sicht der Kommission wichtig, beim ökologischen und digitalen Wandel eine Führungsrolle zu übernehmen und unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften widerstandsfähiger zu machen. Es gilt einerseits, die Krise zu bewältigen und Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen.

Initiativen der EU-Kommission für eine rasche Erholung sind u. a.:

- Eine neue Strategie für die Zukunft des Schengen-Besitzstandes soll die Rückkehr zu einem funktionierenden Schengen-Raum auf dem Weg aus der Krise garantieren.
- Die Kommission wird einen Fahrplan mit klar definierten digitalen Zielen für 2030 vorlegen.
- Ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus soll dazu beitragen, das Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen zu verringern und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.
- Die Kapitalmarktunion und die Bankenunion sollen weiter vorangetrieben werden, u. a. um weitere Investitionsmöglichkeiten zu fördern.

Darüber hinaus wurde einmal mehr angekündigt, dass regulatorische Belastungen Europas Wirtschaft nicht im Weg stehen dürfen: Die bevorstehende Mitteilung zur besseren Rechtsetzung wird daher den Schwerpunkt auf Vereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwands legen („One in, one out“-Konzept).

Im Mittelpunkt: Verwirklichung des European Green Deal

Insgesamt schreitet die EU-Kommission mit großen Schritten dabei voran, ihre ursprünglich im Green Deal angekündigten Maßnahmen – trotz Coronakrise – umzusetzen. Für das Jahr 2021 plant sie daher eine Vielzahl an neuen – großteils legislativen – Initiativen bzw. die Überarbeitung bestehender Rechtsakte. Konsultationen, insbesondere zum Paket „Fit für das 55-Prozent-Ziel“, sind im Laufen.

Folgende Pakete sind geplant (ausgewählte Initiativen, keine abschließende Aufzählung):

Paket „Fit für das 55-Prozent-Ziel“: Änderung der Klima- und Energierechtsakte zur Anpassung an das neue 2030-Ziel

- Überarbeitung der Regelung zum EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) zur Einbindung von Luft- und Seeverkehr sowie Vorschlag zu neuen Eigenmitteln der EU im Rahmen des ETS
- Überarbeitung der Vorgaben zur Treibhausgasreduktion für Sektoren, die nicht unter das ETS fallen
- CO₂-Grenzausgleichsmechanismus
- Überarbeitung der Regelungen zur Energieeffizienz, zu erneuerbaren Energien sowie zur Energiebesteuerung

Paket zur Kreislaufwirtschaft

- Initiative für nachhaltige Produkte einschließlich Überarbeitung der Ökodesign-Richtlinie
- Initiative zu einer „Elektronik-Kreislaufwirtschaft“ mit dem Fokus auf Sammlung, Wiederverwendung und Reparatur von Mobiltelefonen, Laptops etc.

Paket Biodiversität und schadstofffreie Umwelt

- Aktionsplan für ökologisch-biologische Produktion
- Maßnahmen gegen Entwaldung im Zusammenhang mit Produkten in der EU
- Null-Schadstoff-Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden

Maßnahmen für den intelligenten und nachhaltigen Verkehr

- Überarbeitung der Maßnahmen zu Emissionsstandards für Pkw, leichte Nutzfahrzeuge sowie Lkw und Busse



Die Aktualisierung der EU-Industriestrategie und weitere Arbeiten zur nachhaltigen Finanzierung sollen die Reindustrialisierung und deren Finanzierung wieder in Schwung bringen. Zudem hat die EU-Kommission eine Liste an Regulierungen vorgelegt, die im Rahmen des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) evaluiert und überarbeitet werden sollen. Dazu zählen beispielsweise die Leitlinien für Umwelt- und Energiebeihilfen oder die Überarbeitung der Abfallverbringungsverordnung.

WKÖ: Europa muss langfristig wettbewerbsfähig und resilient werden

Im Mittelpunkt der Vorhaben der EU-Kommission steht weiterhin der Green Deal mit dem EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050 – passend zu den Verpflichtungen des Pariser Abkommens. Angesichts der anhaltenden massiven negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die europäische Bevölkerung, Wirtschaft und Industrie müssen EU-Vorhaben jedenfalls darauf ausgerichtet werden, Unternehmen für den notwendigen Wiederaufschwung und die Transformation Richtung Low-Carbon-Economy bestmöglich zu unterstützen. Einseitige Verschärfungen europäischer Rahmenbedingungen, die die internationale Wettbewerbsposition unserer Betriebe schwächen könnten, sind dabei wenig hilfreich. Insgesamt gilt: Werden klima- und energiepolitische Zielsetzungen auf EU-Ebene einseitig verschärft, braucht es auch deutlich verstärkte Schutzmaßnahmen für die europäische Industrie. Die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und

Widerstandsfähigkeit Europas müssen gerade jetzt, zu einem Zeitpunkt, in dem die Pandemie wieder aufgeflammt ist, im Fokus der Maßnahmen stehen. Europas Unternehmen brauchen die richtigen Rahmenbedingungen, damit sie auf dem Weg aus der Krise die Potenziale von Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft sowie von modernen Technologien wie Artificial Intelligence und innovativer Forschung und Entwicklung für sich nutzen können. ●



Mag. Barbara Lehmann MA (WKÖ)
barbara.lehmann@eu.austria.be